

Michael Cavadino, James Dignan: Penal Systems. A Comparative Approach. *London/Thousand Oaks/New Delhi 2006 (Sage Publications), 380 S., 39,53 €*

Michael Cavadino und James Dignan haben mit *Penal Systems. A Comparative Approach* eine politische Ökonomie des Strafens geschrieben. Die knapp 400 Seiten starke Studie stellt eine umfassende Untersuchung der staatlichen Strafpraxis in dreizehn Ländern dar, die sich vor allem durch ihre Kompaktheit und ihren Detailreichtum auszeichnet. Neben einer allgemeinen theoretischen Betrachtung zur vergleichenden Pönologie enthält das Buch spezifische Länderberichte, die unter Mitarbeit von Kriminologen aus

den jeweiligen Staaten entstanden sind, sowie eigene Kapitel zu den Aspekten des Jugendstrafrechts und der Privatisierung des Gefängnisystems. Ausgangspunkt der Arbeit ist die These, dass die materiellen, kulturellen und ideologischen Bedingungen einer Gesellschaft die Kultur und Praxis des Strafens beeinflussen. Davon ausgehend widmen sich Cavadino und Dignan der Frage, inwieweit sich in den einzelnen Staaten eine Krise des Strafens (*penal crisis*) abzeichnet, als deren wesentlichen Indikator sie die Inhaftiertenrate ausmachen.

Theoretische Grundlage der Vergleichsstudie ist ein von den Autoren so genanntes *radicalist-pluralist analytical framework*. Diesem Ansatz folgend werden die jeweiligen Strafpraktiken eines Landes vor dem Hintergrund der materiellen Bedingungen, des jeweiligen kulturellen Verständnisses und der spezifischen Kultur und Philosophie des Strafens bestimmt, die sich jeweils auch gegenseitig beeinflussen. Dabei differenzieren Cavadino und Dignan zwischen vier verschiedenen politisch-ökonomischen Staatstypen: dem neoliberalen Staat, dem neben den USA u.a. England, Australien und Südafrika zugeordnet werden; dem konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat, als dessen Prototyp Deutschland angesehen wird (weitere Beispiele sind Frankreich und Italien); dem sozialdemokratischen Staat (Schweden, Finnland) und dem korporatistischen Staat asiatischer Prägung, wie etwa Japan.

Die Tatsache, dass die Staaten neoliberalen Typs – gefolgt von den konservativ-korporatistischen und mit einigem Abstand den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten – die höchsten Inhaftiertenraten aufweisen, führen die Autoren darauf zurück, dass bei einer neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik die Strukturen informeller sozialer Kontrolle schwächer ausgeprägt sind. Dieses Defizit wird, so die These, durch die verstärkte Anwendung formeller Sanktionen kompensiert. Einerseits verfolgen die neoliberalen Staaten eine sozial exkludierende Sozialpolitik, die sich in einer punitiven Strafpraxis fortsetzt. Andererseits befördert der Neoliberalismus eine Kultur des Individualismus und Egoismus, die Ansätze eines Neo-Correctionalism und einer Law-and-Order-Ideologie nach sich zieht.

Die Wohlfahrtsstaaten konservativer und sozialdemokratischer Prägung hingegen verfolgen eine eher inkludierende Sozial- und Wirtschaftspolitik, die zu einer Stärkung von Strukturen informeller sozialer Kontrolle führt. Dabei setzen konservativ-korporatistische Staaten zuvörderst auf Institutionen wie Familie und Kirche, die eine kommunitaristische Moral befördern und als Bremse für einen neoliberalen Umbau der Gesellschaft fungieren. In den sozialdemokratischen Ländern dagegen ist es eher der Staat selbst, der ein egalitäres und auf individuellen Rechten basierendes Konzept propagiert, das Hilfe und Unterstützung bei Unglücksfällen bereitstellt und so sowohl eine Sozial- als auch eine Strafpolitik der Inklusion begünstigt, und in dessen Zuge Strafziele der Resozialisierung und Wiedereingliederung befördert.

Japan, das die geringste Inhaftiertenquote aller miteinander verglichenen Länder aufweist, ist immer noch geprägt von einer streng hierarchischen Sozialstruktur, in der das Individuum in seinem gesellschaftlichen Stellenwert weit hinter der sozialen Gruppe rangiert. Der vorherrschende Gruppendruck und die Angst, von dieser aufgrund nonkonformen Verhaltens ausgeschlossen zu werden, wird von den Autoren als ganz wesentliches Element informeller sozialer Kontrolle angesehen, das eine formelle Sanktionierung in den meisten Fällen entbehrlich macht und damit zu einer geringen Inhaftiertenrate führt.

Die Entwicklung einer spezifischen Strafpraxis ist aber nicht nur abhängig vom Wirtschaftssystem, sondern auch von dem jeweiligen politisch-institutionellen Kontext. Für die Frage, welche Strafkonzeppte und -philosophien sich in den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und in der öffentlichen Meinung durchsetzen, ist es nach Ansicht der Autoren von erheblicher Bedeutung, ob die staatliche Macht zentralisiert oder dezentralisiert ist und inwieweit die politischen Entscheidungsstrukturen bürokratisiert oder personalisiert sind. In zentralisierten Machtgefügen, so Cavadino und Dignan, könnten sich politische Veränderungen viel schneller durchsetzen als in dezentralisierten Staaten. Länder mit einem hohen Bürokratisierungsgrad, die sich durch eine starke Regulation politischer Entscheidungsfindung und mächtige politische Parteien auszeichnen, sind relativ immun gegen Veränderungen im politischen Klima. Dagegen sind politische Systeme, deren Strukturen stark personalisiert sind, in einem viel höheren Maße von der öffentlichen Meinung und populistischen Debatten abhängig. So konnten sich in den USA aufgrund ihrer stark personalisierten politischen Strukturen eine Law-and-Order-Ideologie und eine populistische Kriminalpolitik durchsetzen, die zu einem explosionsartigen Anstieg der Gefangenenraten von 300 pro 100.000 Einwohner im Jahre 1986 auf 700 im Jahre 2002 führte. In Deutschland dagegen, wo die Medienlandschaft ausgeglichener und damit auch weniger populistisch als in den USA ist und die Richter und Staatsanwälte nicht in dem Maße abhängig sind von politischen Stimmungen, blieb die Inhaftiertenrate – trotz zum Teil starker Schwankungen – über einen Zeitraum von ca. 40 Jahren relativ stabil bei 100.

Als Ergebnis konstatieren die Autoren vor allem für die USA eine ausgemachte Penal Crisis, die sich nicht nur in mittlerweile mehr als zwei Millionen Gefangenen äußert, sondern auch in einer hohen Überbelegungsrate und schlechten Haftbedingungen manifestiert und damit zu einem enormen Legitimitätsverlust führt. Diese Diagnose können Cavadino und Dignan zwar (noch) nicht für die Wohlfahrtsstaaten konservativer und sozialdemokratischer Prägung treffen. Allerdings machen sie auch bei diesen Ländern deutliche Anzeichen für eine bevorstehende Krise des staatlichen Strafvollzuges aus. In dem Maße, in dem diese Länder fortfahren, ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik nach neoliberalen Vorgaben auszurichten, und damit eine Law-

and-Order-Ideologie und eine Kriminalpolitik des Ausschlusses befördern, wird die Legitimität der Penal Systems auch in diesen Staaten abnehmen.

Cavadino und Dignan gelingt es nicht nur, eine sehr grundlegende und wegweisende Vergleichsstudie über die Strafpraxis vorzulegen. Sie bieten mit ihrem radikal-pluralistischen Ansatz auch ein taugliches Instrument, Strafjustizsysteme vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Bedingungen zu analysieren. Die gelegentlich etwas zu detailgetreue Darstellung der rechtlichen Grundlagen hindert zwar mitunter den Lesefluss. Nichtsdestotrotz ist das Buch nicht nur für Strafvollzugswissenschaftler und kriminologisch Interessierte ohne Einschränkungen zu empfehlen.

Peer Stolle, Berlin